

„Manche lieben Kirchenrecht, andere hassen es

Julian Dehnert, Theologie-Student – siehe „Der Horizont hat sich erweitert“

Übrigens

Ulla Steuernagel über das knappe Gut Bleiberecht



Der Innenminister zeigt Härte in Härtefällen

Selbst ein Tübinger Rechtsanwalt, der viele Mandanten mit Asylrechtsanträgen betreut, wollte es nicht glauben. Die Härtefallkommission des Landes Baden-Württemberg hat unter den vielen Gesuchen, die bei ihr einlaufen, den Antrag einer Roma-Familie beraten und sich für die Annahme des Antrags entschieden. Das heißt, sie hat dem Innenministerium empfohlen, der fünfköpfigen Familie das Bleiberecht zu erteilen. Der Innenminister schloss sich dieser Empfehlung nicht an. Und genau das wollte der Tübinger Anwalt einfach nicht glauben. Der Minister hatte zwar immer das Recht auf Ablehnung, aber davon wurde selten Gebrauch gemacht.

Auch für seine eigenen Mandanten, eine andere Familie, sieht der Anwalt nun schwarz. Auch sie lebt schon mehr als vier Jahre in Deutschland, ist gut integriert, aktuell von Abschiebung bedroht und erfüllt nach Ansicht des Anwalts die Kriterien eines Härtefalls. Doch wird ihr das etwas nützen? An der Entscheidungshürde Innenministerium kann die Familie immer noch scheitern.

Dabei sibt die Härtefallkommission, die vom früheren Reutlinger Landrat und Juristen Edgar Wais geleitet wird, schon kräftig aus. Man muss sich nur die Zahlen der eingereichten Anträge anschauen und wie wenige davon an den Minister zur Härtefall-Absegnung weitergereicht werden: 2014 wurden 50 von 185 eingereichten Anträgen, 2015 nur 31 von 393 und 2016 von 610 Ersuchen nur 36 als Härtefälle gewertet.

Nun es kam auch in der Vergangenheit schon vor, dass der Minister sich dem Votum der Kommission nicht anschloss. 2014 wurden 50 Fälle von ihr angenom-

men und zwei vom damaligen Innenminister Reinhold Gall (SPD) gekippt. Seit Mai 2016 ist Thomas Strobl (CDU) im Amt, zwei Fällen wurde da die ministerielle Zustimmung versagt. Die Zahlen für 2017 liegen noch nicht vor.

Warum nun im Fall der Roma-Familie keine Gnade erging? Das Ministerium vermochte darüber keine Auskunft zu geben. Man müsse „erst die betreffende Akte ziehen“, so hatte der Pressesprecher gesagt. Aber auch innerhalb von zwei Arbeitstagen gelang das leider nicht.

Man könnte also über die Gründe der Ablehnung spekulieren. Doch der Innenminister selber hilft, die Vermutungen zu präzisieren. Er äußerte sich Ende Dezember gegenüber der „Heilbronner Stimme“ folgendermaßen: „Ich mache mich dafür stark“, so sagte Strobl, „dass wir wieder normale Zuzugszahlen bekommen – dabei denke ich gar nicht an die viel diskutierten 200 000 pro Jahr.“ Strobl hat weit ehrgeizigere Ziele. Er wolle zu den Verhältnissen von 2012 zurück, betonte er. Damals kamen nur rund 65 000 Flüchtlinge nach Deutschland. Für Strobl ist glasklar: „Diese Zahl hat uns nicht an Belastungsgrenzen gebracht und wurde von der Öffentlichkeit akzeptiert.“ Betreibt der Minister Zahlenmystik? Zumindest lässt er die starke Fixierung auf eine Obergrenze erkennen, die weit unter der liegt, auf der sich CDU und CSU eingependelt hatten.

Fazit: Der Statistik tut es gut, wenn eine fünfköpfige Familie zur Ausreise gezwungen wird, die Humanität im Land bringt es jedoch nicht voran.

Siehe die zweite Lokalseite

Kreis-Grüne fordern von Palmer Mäßigung

Populismus Der Grünen-Vorstand verlangt jetzt vom Tübinger OB schriftlich eine klare Abgrenzung und Verzicht auf Provokation.

Tübingen. Es sollte ein persönliches Schreiben sein und wurde den Mitgliedern zur Kenntnis geschickt. Doch es gelangte in die Medien: Der Tübinger Kreisvorstand der Grünen appelliert an Boris Palmer, seine Position als prominenter grüner OB „dazu zu verwenden, nachhaltiger grüner Kommunalpolitik Aufmerksamkeit zu verschaffen, anstatt in sozialen Netzwerken mit Vulgärsprache oder als Verstärker von populistischen Positionen für Aufsehen zu sorgen“.

Der schriftliche Vorstoß, wohl nach mehreren persönlichen Gesprächen, nimmt speziell Bezug auf eine vulgäre Äußerung Palmers im Dezember gegenüber einer Kritikerin (wir berichteten), die er als Jugendsprache rechtfertigte, und auf seinen Beitrag zur zwingenden Altersfeststellung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

„Auch wenn Du meinst, Dein Profil auf Facebook sei Deine Privatangelegenheit – das ist es keineswegs. Auf Facebook verfolgen über 30 000 Personen Deine Beiträge“, schreibt der Kreisvorstand. Palmer solle „als Repräsentant der Stadt“ der „Würde, die dieses Amt voraussetzt“, gerecht werden, etwa auf „fadenscheinige Ausreden“, wie

die der Jugendsprache, verzichten und „in so einem Fall einfach anerkennen, dass Du einen Fehler begangen hast“.

Der Kreisvorstand erinnert auch daran, dass Palmer zweimal als offizieller OB-Kandidat der Grünen in Tübingen gewählt wurde. Die Wahlkämpfe seien zu großen Teilen aus Parteimitteln finanziert worden, viele Mitglieder hätten ihn unterstützt: „Daher trägst Du auch eine Verantwortung gegenüber der grünen Basis hier vor Ort und bist nicht losgelöst von der Partei.“

Auf Palmers Profil auf Facebook versammelten sich mittlerweile Anhänger der AfD. Deren „Hasskommentare und Hetze sowie Beleidigungen gegen andere grüne Politiker und die Grünen im Allgemeinen“ würden von Palmer toleriert. Der Grünen-Vorstand wünscht sich „eine sachlichere Art der Kommunikation“, eine „noch deutlichere Abgrenzung von populistischen Positionen“ und besonders bei polarisierenden Themen den Verzicht auf Provokation. In jedem Fall solle Palmer den Eindruck vermeiden, „mittels rechtspopulistischer angehauchten Thesen in einem bestimmten Milieu auf Zuspriechung zu zielen.“ ran



DIE UNECHTE WINTERSTIMMUNG ENTSTEHT, weil das Blattgrün Chlorophyll bei Infrarot-Licht weiß erscheint.

Bild: Metz

Der Horizont hat sich erweitert

Studium 200 Jahre katholische Theologie an der Universität Tübingen: Was reizt Studierende heute noch an diesem Fach? Wir fragten nach. Von Wolfgang Albers

Wenn das Gespräch auf ihr Studium kommt, weiß Sandra Biebel gleich: „Ich muss mich erklären.“ Selbst in ihrem Freundeskreis erlebt sie Jahre nach dem Abitur eine eher distanzierte Reaktion: „Manche finden es immer noch verwunderlich.“ Nämlich, dass Sandra Biebel nicht Jura, Wirtschaft, Medizin oder sonst etwas Angesehenes studiert – sondern katholische Theologie.

200 Jahre kann man das nun in Tübingen schon tun. Momentan hat die Fakultät über 300 Studierende. Aber es scheint doch immer noch etwas Besonderes zu sein. Das ist es auch tatsächlich, sagen Sandra Biebel und Julian Dehnert.

Dehnert ist in Möglingen bei Ludwigsburg aufgewachsen. Die Eltern haben ihn religiös erzogen, er war Ministrant, in der katholischen Jugendarbeit aktiv und singt auch schon lange und engagiert in katholischen Chören. Zur Sozialisation hat sicher auch das katholische Internat Rottweil beigetragen, an dem er sein Abitur gemacht hat.

Aber es seien die Personen und nicht die Institutionen, die einen prägen. In Dehnerts Fall war das der Heimatpfarrer – so sehr, dass er schon recht früh den Wunsch hatte, selbst Priester zu werden. Ob das so bleibt, wird sich zeigen. Nach dem Beginn als Priesteramtsstudent ist Julian Dehnert – jetzt im fünften Semester – momentan im Lehramtsstudiengang Bachelor of Education eingeschrieben.

Auch Sandra Biebel ist in der katholischen Kirche verwurzelt. Die



Sandra Biebel und Julian Dehnert.

Bild: Albers

Ellwangerin war Ministrantin, hat ein katholisches Mädchengymnasium besucht, war Gruppenleiterin und organisiert bis heute das heimatische Zeltlager mit. Ihre Freude am Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist auch dem Vikar in ihrer Heimatpfarre auf gefallen – und so schlug er ihr vor, das doch auch selbst als Beruf zu wählen.

Das hat sie gereizt: „In einer Zeit, in der immer weniger in die Kirche gehen, finde ich es interessant mitzuhelfen, einen modernen Glauben zu finden. Zu zeigen, dass Kirche nicht nur alt und langweilig ist, sondern auch junge Mitarbeiter hat. Das versuche ich, nach außen zu tragen.“ Deshalb ist sie im siebten Semester des Magister-Studiengangs eingeschrieben, der ihr später den Beruf einer Pastoralreferentin ermöglicht.

Aber jetzt sind sie erst mal im Studium. Zwar braucht die Kirche dringend Personal, aber hinterher-

geschmissen bekomme man das Examen nicht. Das Latein, Bibeltgriechisch, Hebräisch – dies sind schon mal die Grundanforderungen. „Drei Sprachen hat kaum ein anderes Studium, wir müssen viel Zeit investieren“, sagt Sandra Biebel. „Aber auch wenn man sich durch die Sprachen quälen muss – es macht Spaß, Theologie mit den Originaltexten zu treiben.“

Ihr auf jeden Fall. Denn das Theologiestudium besteht aus vielen Einzelzweigen, und nicht alle mögen alles. „Manche lieben Kirchenrecht, andere hassen es“, sagt Julian Dehnert. Aber bei 14 Lehrstühlen („das ist wohl ziemlich einmalig in Deutschland“) findet sich immer etwas. Er interessiert sich für die Schöpfungstheorien, weshalb er auch noch Physik studiert. Aber auch für die Moraltheologie.

Die findet auch Sandra Biebel spannend: „Vor allem all das, was man mal später im Beruf brauchen

kann wie die Sexualmoral.“ Nun ist da so manche kirchliche Position nicht unumstritten. Kaum nennt Dehnert sein Studium, wird er schon in entsprechende Diskussionen verwickelt: „Die Ehe für alle etwa ist gerade ein hochbrisantes Thema.“ Was sie aber an ihrem Studium schätzen: „Wir gehen ziemlich kritisch an die Themen ran, das bringen uns schon die Professoren bei. Das Schöne ist: Man kann jede Frage stellen. Es gibt keine Verbote im Denken.“ Und da sind beide ziemlich stolz auf ihre Fakultät: „Das ist das Markenzeichen von Tübingen. Hier wird eine andere Meinung als Gewinn und nicht als Gegenposition gesehen.“

Auch das Familiäre gefällt ihnen. Und es gibt nicht nur das Studium, sondern vom Wilhelmstift bis zum theologischen Mentorat Institutionen, die viele weitere Angebote machen. „Wir sind da sehr vernetzt“, sagt Sandra Biebel. Beide sind sicher, vom Theologie-Studium zu profitieren. „Mein Horizont hat sich erweitert“, sagt Biebel. Und Dehnert hat an sich beobachtet: „Man lernt, dass die Dinge vielschichtiger sind. Man wird reflektierter und versetzt sich besser in Andere hinein.“

Info Am heutigen Mittwoch, 17. Januar, gibt es im Theologicum, Liebermeisterstraße 13, zwischen 8.30 und 17.30 Uhr Workshops. Beim Akademischen Abend hält Prof. Peter Strohschneider, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, um 19 Uhr im Hörsaal des Theologicums seine Festrede „Mit Gott gegen Wissenschaft?“

Südwestmetall fordert Ende der Streiks

Tarifrunde Eine nachhaltige Lösung sei nur am Verhandlungstisch zu finden.

Reutlingen. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Reutlingen des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, Reiner Thede, hat die IG Metall aufgefordert, ihre Warnstreiks einzustellen. „Am vergangenen Donnerstag haben sich Südwestmetall und Gewerkschaft auf die Einrichtung von Expertenkommissionen verständigt, um in der komplexen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie mit Hochdruck an Lösungsmodellen zu arbeiten“, sagte Thede am Montag nach einer Sitzung der Bezirksgruppe.

Die IG Metall sollte deshalb besser ihre Energie in Einigungsmöglichkeiten stecken, anstatt die Betriebe mit kostspieligen Warnstreiks zu behindern, fordert The-

de, einer der Geschäftsführer der Tübinger Firma Erbe Elektromedizin. Auch in dieser Tarifrunde werde „eine nachhaltige Lösung“ nur am Verhandlungstisch gefunden und nicht auf den Straßen oder vor den Toren der Unternehmen.

„Angesichts der Forderung der IG Metall nach einer zeitweisen Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 Stunden wird es nun insbesondere darum gehen, Möglichkeiten zu finden, das für die Unternehmen benötigte Arbeitsvolumen weiter sicherzustellen“, erklärt Cay Nasner vom Vorstand der Bezirksgruppe. Wenn Flexibilität bei der Arbeitszeit „nach unten“ ermöglicht werden solle, müsse man auch Flexibilität „nach oben“ schaffen.

Die Arbeit müsse erledigt werden. „Deshalb muss es möglich sein, dass Beschäftigte auf freiwilliger Basis auch länger als 35 Stunden arbeiten können, bei entsprechend höherer Bezahlung“, fordert Vorstandsmitglied Rolf Geisel. Die Gewerkschaft solle nicht denjenigen im Wege stehen, die gerne mehr arbeiten und verdienen wollten.

„Die Möglichkeiten, die benötigten Kräfte zu bekommen, sind sehr beschränkt“, sagt Thede. „Die Schere zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Zahl der Arbeitslosen in der Branche öffnet sich immer weiter.“ So kämen derzeit auf 100 offene Stellen Facharbeiterberufe in der Metall- und Elektro-Industrie nur noch 37 Arbeitslose. „Knapp

ein Viertel der Unternehmen kann nicht im geplanten Umfang produzieren, weil ihnen Arbeitskräfte fehlen.“ Nach einer jüngsten Unternehmens-Umfrage sei für 58 Prozent der Betriebe der Fachkräftemangel das größte Geschäftsrisiko.

„Vor diesem Hintergrund brauchen unsere Unternehmen einfach die Möglichkeit für mehr bedarfsorientiertes Arbeitsvolumen“, fordert Bezirksgruppen-Geschäftsführer Jan Vetter. Immerhin habe die IG Metall aber nun zumindest die Bereitschaft signalisiert, auch über eine Ausweitung der Arbeitszeit verhandeln zu wollen. „Ein tragfähiger Kompromiss setzt nun einmal voraus, dass beide Seiten Zugeständnisse machen“, betont Vetter. ST